



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den  
Präsidenten des Landtages  
von Niederösterreich

**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**

Eing.: 14.10.2014

zu Ltg. -**306/A-2-2014**

-Ausschuss

**RU7-A-11/120-2014**  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

DVR: 0059986 UID Nr.: ATU 371 65 802  
IBAN: AT37 5310 0011 5299 1602 BIC: HYINAT22  
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug: Ltg.-306/A-2-2014;  
LAD1-IP-E-2057/059-2014;

BearbeiterIn: Dipl.-Ing. Christian Popp

(0 27 42) 9005 Durchwahl: 14083

Datum: 9. Oktober 2014

Betrifft

Resolution des NÖ Landtages betreffend die drohende Privatisierung des öffentlichen Verkehrs durch das 4. Eisenbahnpaket der EU

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 20. Februar 2014 hat sich die NÖ Landesregierung an die Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie gewendet.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat sich mit Schreiben vom 6. August 2014, GZ BMVIT-16.400/0017-I/PR3/2014, für die Übermittlung des Entschließungsantrages des Niederösterreichischen Landtages bedankt und auf dessen Ausführungen geantwortet.

In diesem Schreiben wurde Folgendes festgehalten:

„Hinsichtlich der im gegenständlichen Antrag inhaltlich angesprochenen Themenbereiche teilt das bmvit die dazu angeführten Bedenken. Frau Bundesministerin Bures hat beim jüngsten Verkehrsministerrat der EU in Luxemburg am 5. Juni 2014 eine kritische Haltung insbesondere hinsichtlich der geplanten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007

(PSO) zum Ausdruck gebracht. Das Verkehrsressort vertritt die Meinung, dass eine Wahlfreiheit der zuständigen Behörden über die Art der Vergabe von Verkehrsdiensten im Sinne der Subsidiarität weiterhin gewährleistet sein müsse und die schon jetzt bestehenden europäischen Rahmenbedingungen insbesondere auch für die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens ausreichen sollten. Vor allem aber muss es auch den zuständigen Organen in den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, wie sie ihren Nahverkehr und ihre Unternehmen organisieren. Zum technischen Teil des 4. Eisenbahnpaketes (Interoperabilität, Sicherheit und Eisenbahnagentur) hat Frau Bundesministerin Bures die österreichische Zustimmung erteilt, da ein technisch harmonisierter Eisenbahnraum nur Vorteile für sämtliche Beteiligten bringt.

Die weiteren Verhandlungen im Rat und mit dem Europäischen Parlament werden sich sehr schwierig gestalten, da die unterschiedlichsten Meinungen aufeinander treffen werden, was Kompromisse sicher nicht erleichtert.

Das bmvit wird jedenfalls bei den weiteren Verhandlungen auf sämtlichen Ebenen versuchen, die seitens der Länder in ihrer Stellungnahme vorgebrachten Forderungen hinsichtlich des Vorschlages zur Änderung der PSO bestmöglich zu vertreten.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Landesrat M a g. W i l f i n g